

Dr. Heinz Riesenhuber

- (A) raussetzungen dafür geschaffen, dass wir in den 90er-Jahren eine blühende Gründungslandschaft bekommen haben. Auf dem Neuen Markt gab es später Schwierigkeiten.

Würden Sie sich nicht der Auffassung anschließen, dass wir gemeinsam preisen sollten, was die Regierung Erfolgreiches umgesetzt hat, als Sie unser Regierungspartner waren? Das haben wir gemeinsam verantwortet. Sie haben uns zugestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben dies alles gemeinsam getan. Frau Kollegin, denken Sie bitte an Ihre ruhmreiche Vergangenheit und schauen Sie voller Zuversicht in eine glanzvolle Zukunft.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ulrike Flach (FDP):

Lieber Kollege Riesenhuber, ich nähere mich zwar inzwischen einem Alter, in dem ich mich freue, dass ich Enkel habe, aber *so* alt bin ich nun doch noch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Heiterkeit bei der CDU/CSU – Laurenz Meyer [Hamm] [CDU/CSU]: So böse hat er es nicht gemeint!)

- (B) Wir beide haben diese ruhmreiche Zeit leider nicht zusammen erlebt. Selbstverständlich hat es in der Vergangenheit aber Bemühungen vonseiten der schwarz-gelben Koalition gegeben.

(Dr. Heinz Riesenhuber [CDU/CSU]: Erfolgreiche!)

Deswegen habe ich eben auf die Notwendigkeit, diese wieder aufleben zu lassen, hingewiesen. Sie haben in den letzten dreieinhalb Jahren aber nun einmal nicht mit uns geriert, sondern mit jemand anderem.

Rot-Grün hat nicht dazu beigetragen, dass wir über die Situation für unsere innovativen Unternehmen froh sein können. Denken Sie an das Thema Verlustvorträge. Denken Sie an das Thema Zinsschranke. Das alles sind Sachen, die im Hinblick auf junge Unternehmen wirklich schädlich wirken. Darin sind wir beide uns einig. Sie haben es aber nicht verhindert. Das ist das Problem, über das wir an dieser Stelle eigentlich reden.

(Beifall bei der FDP – Dr. Heinz Riesenhuber [CDU/CSU]: Wir müssen mit den Mädchen tanzen, die auf der Kirmes sind! Bis jetzt haben wir ganz gut getanzt!)

– Na gut. Ich tanze dann doch lieber mit den Jungs, lieber Herr Riesenhuber.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns über etwas anderes reden, was neben der steuerlichen Förderung immer ein Thema war: die Forschungsprämie. Diese wurde unter Ihrer Regierungsbeteiligung auf den Weg gebracht. Inzwischen wird sie

von der Bundesforschungsministerin selbst als Flop bezeichnet. An dieser Stelle erwarte ich eine Nachbesserung und nicht einen Entschließungsantrag, bei dem ich davon ausgehen muss, dass man wahrscheinlich auch im nächsten Jahr keine Weichen mehr stellen wird. (C)

Unter dem Strich: Wir erleben eine sehr aufgeregte Zeit mit vielen Diskussionen darüber, was man hätte tun können und was man tun sollte. Ich glaube, in diesem Bereich – gerade im Hinblick auf den Mittelstand – ist viel versäumt worden. Entscheidende Weichen hätten gestellt werden können. Wenn man sich die Zahlen anschaut, stellt man fest: Im Jahr 1998, am Ende der von Ihnen eben so hoch gelobten Regierungszeit, gab es im Bereich der Spitzentechnologie 3 150 Unternehmen. 2007 waren es nur noch 2 600. In den gesamten Jahren unter Rot-Grün und Rot-Schwarz sind Sie an die Zahl von 3 650 Unternehmen, die es 1995 gab, nicht herangekommen. Das ist keine gute Bilanz, liebe Kollegen. Ich wünsche uns allen, dass wir nach der nächsten Wahl zu einem deutlich besseren Ergebnis kommen.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss noch auf einen Punkt hinweisen, von dem ich glaube, dass Sie jetzt noch etwas tun können: den Hightech-Gründerfonds. Wir haben, auch im Haushaltsausschuss, einen Bericht vorliegen, der zeigt, dass Sie stolz darauf sind, dass nicht so viel ausgegeben worden ist, wie man eigentlich hätte ausgeben sollen und müssen. Das können Sie in diesen Zeiten noch tun. In dieser Krisensituation sollten Sie Geld dazulegen. Sie sollten sich nicht rühmen, dass Sie nur 4 Millionen Euro ausgegeben haben. Der Rest wurde im Endeffekt von den Unternehmen gestemmt. Das sind Sachen, mit denen Sie wirklich etwas bewegen können. Tun Sie es bitte, und warten Sie nicht auf die nächste Wahl. (D)

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Ute Berg, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ute Berg (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Flach, ich habe fast immer das Glück, nach Ihnen zu reden. Ich hoffe, dass ich Ihre Ausführungen ein bisschen zurechtrücken kann. Man wird sonst depressiv, wenn Sie nur alles schlechtmachen.

(Beifall der Abg. Iris Gleicke [SPD])

Ich möchte mit einer Situation beginnen, über die wir in letzter Zeit schon häufiger gesprochen haben, die aber auch auf den innovativen Mittelstand erhebliche Auswirkungen hat, und zwar die Finanz- und Wirtschaftskrise, die uns seit Monaten erschüttert und noch einmal deutlich macht, dass wir nicht auf der Insel der Glückseligen leben. Die globale Vernetzung trifft uns alle, in diesem Fall negativ. Wir alle wissen, dass die Globalisierung uns als Exportnation Chancen bietet. Wir haben dadurch riesige Absatzmärkte. Aber sie birgt auch Risiken, die in dieser Situation besonders deutlich werden.

Ute Berg

(A) Die Risiken treffen auch den innovativen Mittelstand. Derzeit erreichen uns sehr viele Hiobsbotschaften. Innerhalb eines Monats kam es zu Auftragsrückgängen um 6 Prozent. Dazu mehrten sich die Prognosen, dass im nächsten Jahr ein deutlicher Rückgang des Bruttoinlandsproduktes zu verzeichnen sein wird. „Was die Welt derzeit erlebt, ist kein normaler Konjunkturabschwung, es ist ein ökonomischer Herzinfarkt“, wie es Holger Schmieding, der Chefvolkswirt Europa der Bank of America, formuliert hat.

Einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers zufolge hat jetzt schon jedes vierte mittelständische Unternehmen wegen der Finanzkrise Auftragsrückgänge zu verbuchen. 44 Prozent der Mittelständler erwägen, ihre Investitionen zurückzufahren. Die Situation ist aber in den einzelnen Branchen unterschiedlich.

Das ist alarmierend, weil der Mittelstand eigentlich der Motor unserer Wirtschaftskraft ist. Kleine und mittlere Unternehmen sorgen für rund 70 Prozent der Arbeitsplätze und für über 50 Prozent der Wertschöpfung in Deutschland. Sie verfügen zudem über ein enormes Innovationspotenzial, das uns in der Krise unter keinen Umständen verloren gehen darf. Innovative Produkte und Dienstleistungen liefern nämlich Antworten auf die brennenden Fragen unserer Zeit, zum Beispiel was die alternde Gesellschaft oder die Knappheit der Energieressourcen angeht.

(B) Deshalb ist die Unterstützung durch die Politik gefragt. Denn wie wir wissen, ist es für kleine und mittelständische Unternehmen sehr viel schwerer als für Großunternehmen, innovative Projekte zu finanzieren. Sie haben zwangsläufig einen geringeren finanziellen Spielraum und auch geringere personelle Ressourcen. Deshalb ist eine verlässliche staatliche Unterstützung sehr wichtig.

Wir müssen also neben den Maßnahmen, die wir für Wachstum und Beschäftigung ergreifen und die die Wirtschaft insgesamt stärken, konsequent unsere Innovationsförderung fortsetzen. Das tun wir auch.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In dieser Legislaturperiode investieren wir insgesamt 15 Milliarden Euro in die Hightech-Strategie. Das ist doch schon etwas, Frau Flach. Unser Ziel ist es dabei, die wichtigsten Zukunftsmärkte zu erschließen. Wir wollen, dass diese Märkte hier bei uns entstehen. Dafür schlagen wir Brücken zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. So geben wir neue Impulse für eine direkte Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Märkte. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen werden die Rahmenbedingungen erheblich verbessert.

Das Wirtschaftsministerium hat seine Innovationsförderung neu strukturiert. Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand wurden große Teile dieser Förderung unter einem Dach zusammengefasst und effizienter und kundenorientierter gestaltet. Der Bedarf ist riesen groß. Zurzeit gibt es einen Antragsstau. Der Antragsein-

gang beim ZIM liegt um circa 20 Prozent über den Erwartungen bei steigender Tendenz. (C)

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Ausgesprochen positiv!)

Aber auch vom Staat in seiner Rolle als Nachfrager – das möchte ich betonen – müssen Signale für Innovationen kommen. Das Einkaufsvolumen staatlicher Instanzen ist schließlich beträchtlich. Es liegt bei 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wenn staatliche Instanzen auf innovative und ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen setzen, dann fördert das gerade auch die Absatzchancen kleinerer Unternehmen. Von daher ist die Vereinbarung von bisher sechs Bundesministerien als positiv zu bewerten, die mehr innovative Produkte und Dienstleistungen einkaufen werden. Ich halte es natürlich für gut, dass der Bund hier mit gutem Beispiel vorangeht, und hoffe, dass dies Kreise zieht.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Alexander Dobrindt [CDU/CSU])

Oft hakt es beim Innovationsprozess aber schon ganz am Anfang, nämlich bei den Gründungen. In diesem Punkt hatten Sie recht, Frau Kraft.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Sie heißt Flach!)

– Ich sage immer „Frau Kraft“; Entschuldigung, Frau Flach. Wenn ich Ihnen recht gebe, dann denke ich immer an den Namen Kraft.

Was Menschen mit kreativen Ideen häufig fehlt, ist das Einstiegskapital, das man braucht, um ein Unternehmen zu gründen. Selbst wenn dieser Schritt gelungen ist, drohen manche Gründer in der Markteinführungsphase noch zu verdursten, wenn der Geldstrom versiegt. (D)

Wir wollen die Mutigen stützen, die Unternehmen gründen und damit Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen – hier gebe ich Ihnen ebenfalls recht – auch die mutigen Unternehmerinnen stützen, die Unternehmen gründen. In der Tat gibt es noch viel zu wenige Frauen, die sich diesen Schritt zutrauen. Deshalb helfen wir mit dem Hightech-Gründerfonds. Dass es hier noch ein bisschen hapert, liegt nicht daran, dass unsere Bereitschaft dazu nicht vorhanden wäre, sondern daran, dass nicht genügend abgefragt wird und dass die Wirtschaft – das muss man einmal ganz deutlich sagen – viel zu zurückhaltend investiert. Was einmal als Fifty-fifty-Aktion gedacht war, ist ein Schlag ins Wasser geworden. Aber das ist nicht Schuld des Bundes.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Jan Mücke [FDP]: Hat niemand behauptet!)

Wir helfen mit steuerlichen Vergünstigungen für Business Angels und mit besseren Verlustverrechnungsmöglichkeiten für Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaften.

Auch im Rahmen des Pakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ setzen wir auf die Stärkung von Innovationen und Energieeffizienz. Wir haben daher die Mittel für die entsprechenden ERP-Programme bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau deutlich aufge-

Ute Berg

- (A) stockt, und zwar insgesamt um 1 Milliarde Euro. Allein auf das Förderprogramm zur Steigerung der Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen haben wir noch einmal 300 Millionen Euro draufgepackt, denn wir wollen die ökologische Erneuerung unserer Volkswirtschaft forcieren. Damit machen wir uns fit für die Zukunft und verschaffen uns Wettbewerbsvorteile auf den internationalen Märkten.

Mit dem KfW-Sonderprogramm 2009 werden kleinen und mittleren Unternehmen weitere 15 Milliarden Euro für Kredite bereitgestellt, damit sie eben nicht, wie PricewaterhouseCoopers prognostiziert hat, Investitionen zurückhalten.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, ich muss Sie an Ihre Redezeit erinnern.

Ute Berg (SPD):

Ich sehe, dass es bei mir blinkt, und komme zum Schluss. Wie sagte schon der französische Schriftsteller Helvétius? Aktivität ist nun einmal die Mutter des Erfolgs. Dies gilt für die Wirtschaft, aber auch für die Politik. Lassen Sie uns unser Augenmerk und unsere Aktivitäten weiterhin gezielt auf den innovativen Mittelstand richten. Das heißt auch, dass wir die Menschen, die dort arbeiten, nicht aus dem Blick verlieren dürfen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, Sie wollten zum Schluss kommen.

(B)

Ute Berg (SPD):

Wir brauchen ihre Kompetenz, ihr Engagement, ihre Kreativität und ihre Leistung: kurzfristig, um die Krise zu meistern, und langfristig, um die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes zu sichern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort der Kollegin Ulla Lötzer, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ulla Lötzer (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt von Herrn Riesenhuber und Frau Berg viele Beispiele gehört, die auch in der Antwort auf die Große Anfrage oder in Ihrem Entschließungsantrag aufgeführt sind. Sie listen aber nicht nur auf, was längst bekannt ist, keine Neuerung bietet und sich nicht ernsthaft mit den Problemen befasst, sondern Sie betreiben auch noch simple Selbstbeweihräucherung. Dies wird dem Mittelstand nicht gerecht. Tatsächlich müsste man sich ernsthaft mit den Problemen befassen, die im Zusammenhang mit der Krise jetzt für den Mittelstand entstehen.

Frau Berg, Sie haben diese Probleme aufgezählt. Herr Riesenhuber hat davon gesprochen, man dürfe in der Krise nicht an der Forschung sparen, und sich dabei insbesondere auf Unternehmen bezogen. Aber wo ist denn

- beispielsweise Ihre besondere Anstrengung, dem Forschungsproblem, dem Innovationsproblem und dem Mittelstandsproblem in der Krise gerecht zu werden? Wo ist bis heute Ihr Konjunkturprogramm, das auch einen Fonds für Innovationsförderung und ökologische Erneuerung beinhaltet, um damit Nachfrageimpulse in Richtung einer ökologischen Industriepolitik und einer innovativen Mittelstandspolitik zu begründen? Bis heute liegt von Ihnen dazu nichts vor als die Ankündigung eines breiten Konjunkturprogramms.

(Beifall bei der LINKEN)

Was steht denn Neugründungen entgegen? Die Kreditanstalt für Wiederaufbau kommt in ihrem Gründungsmonitor zu dem Schluss: schlechtes konjunkturelles Umfeld und mangelnde Nachfrage. Das ZEW hat schon 2006 festgestellt: Für den Verzicht auf Innovationsaktivitäten spielte den Angaben der Unternehmen zufolge die fehlende Nachfrage nach Erneuerungen eine Rolle.

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat in der laufenden Legislaturperiode in einem Bericht festgestellt, die Nachfrageorientierung sei in Deutschland absolut unterbelichtet. Nun heißt es – Frau Berg, Sie haben das gerade angeführt –, je mehr staatliche Instanzen innovative Produkte und Dienstleistungen nachfragten, desto besser seien die Absatzchancen gerade der kleinen Unternehmen. Was schlussfolgern Sie aus dieser bahnbrechenden Erkenntnis? Nichts, außer der Verabredung, man wolle in Zukunft beim Einkauf darauf achten, innovative Produkte zu bevorzugen! Im Vergaberecht, das morgen Thema sein wird, findet man dazu nichts. Aber gerade das hätte die Chance geboten, die Innovationsförderung im Vergaberecht ernsthaft zu verankern. Tatsächlich passiert nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Manchmal kann man allerdings froh sein, wenn Sie nichts tun, weil Ihre Aktivitäten mehr schaden als nutzen, zum Beispiel beim Problem der Finanzierung des Mittelstands. Nach wie vor fällt Ihnen dazu vor allem die steuerliche Begünstigung von Private-Equity-Fonds ein. Sie ziehen keinerlei Lehren aus der Finanzmarktkrise. Erste Insolvenzen gerade von kleinen und mittleren Unternehmen zeigen: Besonders die von Private-Equity-Fonds nach dem Prinzip der maximalen Rendite geführten Unternehmen sind jetzt vom Aus bedroht, abgesehen von der allgemeinen Kreditkrise. Wenn einem Unternehmen nahezu das gesamte Eigenkapital zum Beispiel durch Wiederverkauf entzogen wird, mangelt es bei der kleinsten Erschütterung an Reserven, diese durchzustehen. Die Fonds sind nicht geeignet, eine stabile und nachhaltige Finanzierung von Neuerungen zu gewährleisten.

Ein letztes Problem stellt Ihre Politik betreffend das geistige Eigentum dar. Sie stellen fest: Mittelständler haben oft Probleme mit einem umfassenden Patentschutz; das ist richtig. Anstatt aber darüber zu diskutieren, welche Maßnahmen man ergreifen sollte, ob zum Beispiel die umfassende Patentierung überdacht werden muss, setzt die Bundesregierung auf Kommunikationsmaßnah-

(C)

(D)